

Schriften des Vereins für Socialpolitik

---

Band 115/XXXIII

# Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XXXIII

Von

Ivan Boldyrev, Volker Caspari,  
Alexander Ebner, Toni Pierenkemper, Birger P. Priddat,  
Gerhard Wegner, Joachim Zweynert

Herausgegeben von

Volker Caspari



Duncker & Humblot · Berlin

Schriften des Vereins für Socialpolitik  
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften  
Neue Folge Band 115/XXXIII

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 115/XXXIII

---

Studien zur Entwicklung  
der ökonomischen Theorie XXXIII



Duncker & Humblot · Berlin

# Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XXXIII

Kontinuität und Wandel in der Institutionenökonomie

Von

Ivan Boldyrev, Volker Caspari,  
Alexander Ebner, Toni Pierenkemper, Birger P. Priddat,  
Gerhard Wegner, Joachim Zweynert

Herausgegeben von

Volker Caspari



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2018 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme: L101 Mediengestaltung, Berlin

Druck: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark

Printed in Germany

ISSN 0505-2777

ISBN 978-3-428-15340-4 (Print)

ISBN 978-3-428-55340-2 (E-Book)

ISBN 978-3-428-85340-3 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## Vorwort

Die Jahrestagung 2015 des Ausschusses für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften des Vereins für Socialpolitik fand in der Zeit vom 5.–7. Juni in Erfurt zum Thema „Kontinuität und Wandel in der Institutionenökonomie“ statt. Für die lokale Organisation war Gerhard Wegner verantwortlich, der als Tagungsort die Bibliothek des Augustiner-Klosters gewählt hat, in der einst Martin Luther seinen theologischen Studien nachging. Ihm sei an dieser Stelle nochmals für die hervorragende Organisation gedankt, die auch die Führung durch das gesamte Kloster beinhaltet.

Besonders erwähnenswert ist, dass Herr Prof. Dr. Dr. h. c. Rudolf Richter, der als Nestor der deutschen Institutionenökonomik gelten darf, als Gast und mit einem Referat an der Tagung teilnahm.

Thematisch war die Tagung der Kontinuität und dem Wandel in der Institutionenökonomie gewidmet, wobei der Schwerpunkt eindeutig auf dem Wandel lag. Die Institutionenökonomik ist ausgehend von originär eher mikroökonomischen Problemstellungen zu makroökonomischen Fragestellungen vorgedrungen. Dieser Wandel geschah u. a. durch die Arbeiten von Douglass North zur langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung von Volkswirtschaften. Durch seine Arbeiten wurden auch neuere Forschungen in der Wirtschaftsgeschichte beeinflusst.

In *Birger P. Priddats* Beitrag „Zeit der Institutionen“ wird der Frage nachgegangen, ob die auf North zurückgehende Institutionenökonomik eine historische Theorie ist. Priddat liefert gute Argumente dagegen. Gleichwohl ging und geht es North um die Erklärung langfristiger wirtschaftlicher Entwicklung, um historische Prozesse also. Mit Norths Konzept gelinge es, die in der Wachstumstheorie abstrakt bleibenden Marktdynamiken zu konkretisieren. Dabei muss aber unterstellt werden, dass die Institutionen zeitlich stabil bleiben, damit sie von den Marktteilnehmern als handlungsleitend angesehen werden können. Priddat schließt seinen Beitrag mit dem Hinweis auf die gegenwärtig zu beobachtende Unsicherheit, die der Wandel der Institutionen in immer kürzeren Abständen hervorbringen kann und deutet an, welche Konsequenzen sich daraus ergeben können und welche Ersatzmechanismen sich herausbilden (können).

*Joachim Zweynert und Ivan Boldyrev* sorgen sich um die Anschlussfähigkeit der Institutionenökonomie an die Politologie und die Geschichtswissenschaft. Diese Anschlussfähigkeit war in der Historischen Schule gegeben, ja

vielleicht sogar eine ihrer herausragenden Merkmale. Mit der Entstehung der Neuen Institutionenökonomik schien ein Brückenschlag zwischen der sich methodisch ausdifferenzierten Ökonomik und den anderen, methodisch vielfältigen Sozialwissenschaften zunächst möglich zu sein. Das blieb jedoch Wunschdenken, weil sich in der Ökonomik insgesamt eine Tendenz zur Anwendung ökonometrischer Verfahren herausgebildet hat, die die an der ökonomischen Theorie orientierte strukturelle Modellbildung vernachlässigt und zu Verfahren des Data Mining tendiert. Mit den Arbeiten von Acemoglu und Robinson sei zumindest thematisch wieder eine gewisse Anschlussfähigkeit hergestellt worden.

*Gerhard Wegner* diskutiert Norths Ansatz zur Beantwortung der Frage, was zur Auslösung der Industriellen Revolution geführt habe und warum diese gerade in England stattgefunden habe. North glaubt zeigen zu können, dass der historische Materialismus mit seiner Betonung der Produktivkraftentwicklung zu kurz greife, da die institutionellen Voraussetzungen dafür erst geschaffen werden müssten. Für North und seine Anhänger spielen die Eigentumsrechte und die politische Verfassung – die Herausbildung parlamentarisch-demokratischer Strukturen – die entscheidenden Rollen. Gerhard Wegner fragt sich nun zurecht, wie man mit diesen institutionenökonomischen Narrativen die Wandlung Preußens in eine industriell-kapitalistische Ökonomie erklären will, wenn man, wie North, Preußen zu den „reifen zugangsbeschränkten“ Staaten zählt.

*Volker Caspari* stellt sich eine ähnliche Frage wie Gerhard Wegner im vorhergehenden Aufsatz. Er konzentriert sich allerdings auf die Thesen Acemoglus und Robinsons, die den Institutionenwandel als „Big Bang“ interpretieren und zeigen wollen, dass sich infolge der kreativen Zerstörung extraktiver Institutionen und deren Substitution durch inklusive Institutionen Entwicklungs- und Wachstumsschübe ergeben hätten. Als Beispiele nennen sie die Glorious Revolution von 1688 in England und die Einführung des Code Napoleon nach 1806 in den Rheinbund-Staaten des Deutschen Reichs. Caspari konfrontiert die Behauptungen Acemoglus et al. mit den Ergebnissen der wirtschaftshistorischen Forschung in England und der deutschsprachigen wirtschaftshistorischen Forschung zur Entwicklung der Rheinbundstaaten. Auch auf die geografischen Besonderheiten Preußens und der Habsburger Monarchie wird eingegangen.

Mit Blick auf die Ideengeschichte der Institutionenökonomik stellt *Alexander Ebner* die Frage, inwiefern Norths konzeptionelle Wende von einem interessen- und konflikttheoretischen Ideologie- und Kulturkonzept zugunsten einer kognitions- und lerntheoretischen Sichtweise als Ausdruck einer allgemeinen Renaissance kultureller Perspektiven in der Institutionenökonomik zu werten ist. Alexander Ebner weist darauf hin, dass North kognitiv-kulturelle

Prägungen als Erklärungsansatz divergierender wirtschaftlicher Entwicklungspfade von Ländern und Zivilisationen heranzieht. Hierin, so der Verfasser, ergäben sich Anschlussmöglichkeiten an die kultursensiblen Vorstellungen der Historischen Schule, der verstehenden Soziologie Max Webers sowie an die anthropologischen Linien in den Arbeiten Karl Polanyis.

Das Jahr 1688 spielt in der britischen Geschichte eine herausragende Rolle. Das Datum steht für die nach der Revolution verabschiedete „Bill of Rights“, die den Anfang der Rechtsstaatlichkeit markiert. Wenn man ein empirisch-quantitatives Bild von der englischen Gesellschaft des Jahres 1688 haben will, dann kommt man um die wichtigste Arbeit Gregory Kings nicht herum. *Toni Pierenkempers* Beitrag würdigt Leben und Werk eines bedeutenden englischen Sozial- und Wirtschaftsstatistikers, der in einer Linie mit William Petty genannt werden muss. Eindrucksvoll sind bis zum heutigen Tage seine bevölkerungsstatistischen Tabellen und seine Berechnungen des englischen Wohlstands, die – ganz anders als die kameralistische Statistik – auf Kategorien abstellte, die man heute mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Verbindung bringt. Toni Pierenkemper betont, dass man Kings Daten bis zum heutigen Tage in der quantitativen Wirtschaftsgeschichte nutzt.

Im Anschluss an alle Vorträge kam es zu lebhaften und auch kontroversen Diskussionen, die von den jeweiligen Autoren in der vorliegenden schriftlichen Fassung ihrer Vorträge berücksichtigt wurden.

Zu guter Letzt ist anzumerken, dass die Bibliothek des Augustiner-Klosters in Erfurt eine hervorragende Atmosphäre für einen produktiven Gedankenaustausch bewirkte, ohne auch nur im geringsten anschließende „Religionskriege“ auszulösen.

*Volker Caspari*





## Inhalt

Die Zeit der Institutionen. Geschichte und Theoriegeschichte der Institutionen- ökonomie Von <i>Birger P. Priddat</i> , Witten/Herdecke . . . . .	11
Neueste Institutionenökonomik und neue Brücken zwischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Von <i>Joachim Zweynert</i> , Witten/Herdecke und <i>Ivan Boldyrev</i> , Nijmegen . . .	43
Institutionenökonomische Narrative für die Entstehung des Kapitalismus – eine konstruktive Kritik und das Beispiel Preußens Von <i>Gerhard Wegner</i> , Erfurt . . . . .	59
Warum Nationen scheitern – Acemoglus Anwendung der Institutionenökonomik auf die Wachstums- und Entwicklungsforschung Von <i>Volker Caspari</i> , Darmstadt . . . . .	89
Zwischen Interesse und Kognition: Der konzeptionelle Wandel kultureller Fak- toren in Douglass Norths Theorie wirtschaftlicher Entwicklung Von <i>Alexander Ebner</i> , Frankfurt am Main . . . . .	115
Gregory King (1648–1712). Buchillustrator und Sozialstatistiker. Zur Geschich- te von Wirtschaftsstatistik und National Accounting Von <i>Toni Pierenkemper</i> , Münster . . . . .	137



# Die Zeit der Institutionen. Geschichte und Theoriegeschichte der Institutionenökonomie

Von Birger P. Priddat, Witten/Herdecke

D. C. North's Institutionenökonomie ist eine geschichtlich operierende Theorie. Ist sie deshalb eine ‚historischen Methode‘? Als geschichtlich operierende Theorie hebt sie sich eigenständig von der Standardökonomie ab, die nur zwei zeitliche Prozesse kennt: komparative Statik und Wachstum (als Faktorproduktivität über die Zeit). Die Institutionenökonomik gehört in die Wachstumsabteilung, nun allerdings mit einem neuen Ansatz.<sup>1</sup>

Nach North wäre Wachstum ohne Institutionen nicht in der historischen Dimension erfolgt, die wir ‚Kapitalismus‘ nennen. Insbesondere die Eigentumsrechtsinstitutionen formen einen geschichtlichen Rahmen, der Anreize für Investitionen und Marktentwicklungen setzt, die sich hochproduktiv gegen die Vorgeschichte abheben. Institutionen und Markt bilden in ihrer spezifischen Verschränkung eine neue geschichtliche Epoche, die später im 19. Jahrhundert den Namen ‚Kapitalismus‘ bekam. An der Differenz der spanischen und der englischen Entwicklungen vom 17. bis zum 19. Jahrhundert z. B. zeigt North, dass es institutionenbedingte Pfadabhängigkeiten gibt, die die Wirtschaftsgeschichte jeweils anders laufen lassen (North 1988; 1992). Er differenziert in formelle (Gesetze etc.) und informelle (Normen, Sitten, Gebräuche etc.) Institutionen, die jeweils andere Verhaltenskonvergenzen entfalten, die den wirtschaftlichen Handlungsmöglichkeitsraum verschieden konfirmieren. North's Institutionenökonomie formuliert eine Kom-

---

<sup>1</sup> In der (neoklassischen) Wachstumstheorie werden die Institutionen als Faktor der Produktionsfunktion hinzugefügt, so z. B. über das *social capital* (vgl. Zack/Knack 2001; Hidalgo 2015, S. 151). Doch ist die Institutionenökonomie etwas komplexer. *Social capital* ist der Name für bestimmte informelle Institutionen, wie D. C. North es nennen würde. Wenn man sie als Faktor in eine makroökonomische Produktionsfunktion einbauen will, muss man über ihre Stabilität etwas wissen, d. h. über ihre geschichtliche Invarianz – oder Kontingenz. Das ist erst noch zu untersuchen statt ‚als gegeben‘ zu postulieren. Andere verwenden die ‚6 World Governance Indicators‘, um so *institutional variables* einzubauen (*political stability, voice and accountability, government effectiveness, control of corruption, rule of law, regulatory quality*). Die letzteren sind North's formalen Institutionen, die ersteren den informellen Institutionen zuzuschlagen.

plementarität von Markt- und Institutionenentwicklung, weil erst die Institutionen Verhaltensdispositionen erzeugen, die den Märkten ihre riskanten Operationen und Kapitalakkumulationen sichern. Die Institutionen operieren als *Plattformen* für das durch sie gesteigerte Marktverhalten. Erst Markt und Institutionen zusammen lassen die moderne Wirtschaft wachsen. Das ist ein anderes theoretisches Konzept als das der *pure economy* und ihrer Wachstumsökonomie. Die Institutionen sind kein beizugesellender Faktor unter anderen Faktoren, sondern – in der North'schen Lesart – eine *fundamentale Bedingung der Möglichkeit von wachstumsförmer Marktentwicklung*.

Der geschichtliche Charakter der Theorie wird zum einen an der Pfadabhängigkeit der Institutionengeltung und zum anderen an den *institutional changes* sichtbar. Wir haben es – strukturell – mit einer Dialektik von Dauer (pfadabhängige Zeitinvarianz) und Änderung der Institutionen zu tun. Dabei ist vorausgesetzt, dass sich Institutionen langsamer ändern als die Märkte und ihre Bewegungen. Nur so können sie einen verlässlichen Rahmen – ein *field of trust* – bilden, der den Akteuren versichert, dass kollektiv gewisse Regeln gelten, die sie für ihre darauf bauenden individuellen Handlungen stabil voraussetzen können. Die Institutionen treten gleichsam als Marktverfassungen auf, die sich langsamer ändern als die schnell changierenden Märkte, damit aber deren Wachstumspotential erst ermöglichen und sichern.<sup>2</sup>

Die Institutionen sind qualitativ ungleichwertig, heterogen. Manche fördern die Wachstumsentwicklung der Wirtschaft, manche nicht. Wir haben es hier a) mit einer neuen Wachstumstheorie zu tun, in der Märkte und Institutionen zusammen erst die wirtschaftliche Entwicklung betreiben. Aber b) haben wir insofern mit einer geschichtlichen Theorie des Wachstums zu tun, als es nicht von vornherein klar sein kann, welche Institutionen welche – positiven wie negativen – Effekte zeitigen. Natürlich hat auch die North'sche Institutionenökonomie eine normative Tendenz, indem sie diejenigen Institutionen identifizieren will, die Effizienzeffekte vorweisen. Aber das kann sie jeweils nur *post hoc* behaupten: in nachträglicher geschichtlicher Beschreibung. Sie ist in dem Sinne eine klassische Geschichte, d. h. eine Vergangen-

---

<sup>2</sup> Infolgedessen müssen die (neoklassischen) Wachstumstheorien umgebaut werden (vgl. *Acemoglu* 2008). Die Faktoren einer wachstumstheoretischen Produktionsfunktion sind Variablen, denen jetzt ein zeitstabiler Parameter unterlegt wird. John Mokyr hat herausgearbeitet, dass alle Faktoren selber institutionell fundiert sind (*Mokyr* 2004; 2015; auch *Szotstak* 2015); der Faktor ‚Wissen‘, den Romer u. a. hinzugefügt haben, beruht auf Institutionen der Bildung, der Universitäten, der Wissenschaftsstrukturen etc. Aber selber der Faktor ‚Arbeit‘ beruht auf Tarifinstitutionen, Ausbildungsinstitutionen, Arbeitsrechtsinstitutionen etc. Die neoklassische Wachstumstheorie gründet *ceteris paribus* auf Institutionen, ohne sie selber als ökonomische und als vorauszusetzende Entitäten in ihre Theorie zu integrieren. Die Transaktionskosten ihrer Bildung und Erhaltung werden ausgeblendet.

heitszerzählung. Sie verfügt über keine Theorie der *propter hoc* effizienzwirksamen Institutionen, nur eine generelle Strukturierung, deren Geltung jeweils historisch zu prüfen ist. Man übersieht leicht, dass nicht die Institutionen als Institutionen effizient sind, sondern nur ihre Wirkungen auf die Märkte. Die Theorie ist geschichtlich, weil sie die Kontingenz einrechnet, dass Institutionen Marktversagen produzieren können bzw. Pfade, die die Wirtschaft nicht wachsen, sondern schrumpfen lassen (eine Art historischer *degrowth*). Man gewinnt natürlich geschichtliche Erfahrungen, welche Institutionen welche Effekte eher zeitigen als andere, aber die Theorie kann es nicht vorher-sagen, nur *per analogiam* argumentieren, und sich in der neuen geschichtlichen Konstellation, wenn sie Institutionen aus alten Konstellationen über-trägt, irren.

North's Konzeption ist inzwischen in verschiedene Richtungen weiterent-wickelt worden; prominent durch Aaron Acemoglu et al. auf der einen, von Mashimoto Aoki, Avner Greif und Carsten Herrman-Pillath auf einer anderen Seite.<sup>3</sup> Acemoglu et al. entfalten die politische Ökonomie, die in North's Ansatz angelegt ist. Dabei geht es genauer um die Fragen der politischen Institutionen und ihrer Machtasymmetrien, die mit entscheiden, weshalb ein-zelne Staaten ökonomisch effizient, andere hingegen unproduktiv bleiben (auch *North/Wallis/Weingast* 2009).<sup>4</sup> Wir haben es mit einer Version des

---

<sup>3</sup> Dabei sehen wir davon ab, dass es alternative institutionen-geschichtliche Kon-zeptionen gibt: z.B. von Deirdre McCloskey über die Entwicklung des modernen Kapitalismus als ein neuzeitliches Vertrauensprojekt der *bourgeois virtues* (*McClosk* 2006; *Joel Mokyr* 2004; 2015), aber auch zum Beispiel in Michel Foucaults Einzel-analysen moderner Institutionen (Krankenhäuser, Gefängnisse, Fabriken etc.) wie der *gouvernementalite* (*Foucault* 1993, S. 2011).

<sup>4</sup> Daron Acemoglu analysiert das Verhältnis von Märkten, Institutionen und Macht (Politik) genauer als North (*Acemoglu et al.* 2004, kondensiert S. 64f.). Er baut die Institutionenökonomik zu einer neuen politischen Ökonomie aus, in der Verteilungs-institutionen eine besondere Rolle spielen. Wenn wir bei North eher noch eine, wenn auch expandierte, ausgeweitete Eigentums-Institutionentheorie vorfinden, gekoppelt an die Frage, welche Institutionen welche Anreize für effiziente Märkte bieten, weiten Acemoglu et al. das Thema auf eine neue politische Ökonomie aus, die die Einkom-mensverteilungen, die die jeweiligen Institutionen ausbilden, auf den politischen Prozess rückkoppeln. Dabei analysieren sie vornehmlich Machtverhältnisse, die ein eigenes Interessenspiel von Institutionalisierung/De-Institutionalisierung betreiben (in Differenz zur *public choice*). Den politischen Institutionen wird eine tragende Rolle zugeschrieben, weil sie Verteilungswirkungen haben, die die Eigentumsstruktur-Insti-tutionen jeweils ändern und neu calibrieren können – und *potentiell revidieren*.

Es sind letztlich Fragen des *commitments* in einer Gesellschaft unter Machtvertei-lungsbedingungen. Wir haben es nicht mehr mit North's Regelorientierung zu tun, sondern mit Machtdiskursen (es geht um *commitments*, Kommunikation, Interessen, Machtpotentiale, Einfluss, und wechselseitige Einschätzungen). „Political institutions are important because they allocate, at least within the limits defined by the exercise of future de facto power, the allocation of future de jure political power. Since de